



HESSISCHER LANDTAG

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend tragfähiges Gesamtkonzept und einheitliche Regelungen für alle Freiwilligendienste entwickeln – Zwangsquote stoppen

1. Der Landtag stellt fest, dass Freiwilligendienste jungen Menschen eine Bildungs- und Orientierungszeit bieten. Sie vermitteln allen Teilnehmenden soziale und interkulturelle (Lern-) Erfahrungen, sie stärken die Selbstständigkeit, das Selbstbewusstsein und das Verantwortungsbewusstsein. Freiwilligendienste verdienen Anerkennung und angemessene finanzielle Förderung.
2. Der Landtag kritisiert, dass der Bundesfreiwilligendienst, der im Zuge der Wehrdienstreform neben den bestehenden Freiwilligendiensten für junge Menschen übereilt zum 1. Juli 2011 eingeführt wurde, zu absehbaren Doppelstrukturen, großer Verunsicherung bei den Trägern und bei den interessierten jungen Menschen geführt hat.
3. Der Landtag kritisiert scharf die Einführung einer Quotenregelung bei der Förderung der Freiwilligendienste durch das Bundesfamilienministerium. Danach sollen künftig nur noch Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr gefördert werden, wenn das Verhältnis zu den Plätzen des Bundesfreiwilligendienst 3: 2 ist. Die Verantwortung über die zögerliche Annahme des Bundesfreiwilligendienstes kann aber nicht den Einsatzstellen und Trägern des Freiwilligen Sozialen Jahres zugeschrieben werden. Diese neue Förderpraxis steht zudem im Widerspruch zur bisherigen Vereinbarung, mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes gleichzeitig die bestehenden Freiwilligendienste zu stärken und die Förderung gleichwertig zu gestalten.
4. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass der Kompromiss zwischen dem Bundesfamilienministerium und der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres im Zusammenhang mit dem Bundesfreiwilligendienst nicht hinnehmbar ist. Das Beharren auf der aktuell vorgegebenen Quote drei FSJ-Plätze gegenüber zwei BFD-Plätzen, die in acht Monaten erreicht werden soll, wird aller Voraussicht nach zu einer Reduktion der FSJ-Plätzen führen. Damit verlieren sowohl die Träger als auch die anderen Freiwilligendienste an Bedeutung.
5. Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, ihren Einfluss gegenüber der Bundesfamilienministerin geltend zu machen damit die Erpressungsversuche gegenüber den Einsatzstellen und Trägern und das Chaos in der Förderpraxis beendet werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium und den anderen Ländern ein tragfähiges Konzept für alle Freiwilligendienste zu entwickeln, das unter Wahrung der bestehenden Länderkompetenzen
 - die Einführung eines bundesweiten Rahmens für alle Freiwilligendienste mit einheitlichen Regelungen für alle und Verhinderung von Doppelstrukturen vorsieht,
 - die Kompetenzen des Bundes und der Länder, bezogen auf die Festlegung der Rahmenbedingungen (Finanzierung und Dauer), neue Einsatzfelder, Beibehaltung der

Zuständigkeiten der Länder für die Anerkennung der Träger und die Durchführung der Freiwilligendienste vor Ort enthält und

- eine deutliche Erweiterung der Einsatzfelder, etwa in Politik, Kultur, Justiz, Integration, Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und weiteren öffentlichen Institutionen beinhaltet.

Wiesbaden, 16. August 2011

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir